

## Positionspapier      Bildung & Integration

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 8. Juni 2009

### Inhalt

1. Familienexterne Kinderbetreuung
2. Bildungspolitik
3. Integrationspolitik

#### 1. Familienexterne Kinderbetreuung

Wir stehen ein für die freie Wahl der Kinderbetreuung. Alle Eltern sollen frei wählen können, ob sie ihr Kind ausschliesslich selber oder in Kombination mit familienexterner Betreuung aufziehen wollen. Die Grünliberale Partei unterstützt jedoch aus folgenden Gründen den Ausbau der familienexternen Betreuung und somit deren Förderung durch die öffentliche Hand:

- Volkswirtschaft: Erhöhung der Erwerbsquote durch Förderung der Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern
- Chancengleichheit: Alle Mütter und Väter sollen die Möglichkeit erhalten, nicht nur zwischen Familie und Beruf entscheiden zu müssen, sondern als weitere Alternative beide vereinen zu können.
- Generationen: Kinder sind unsere Zukunft. Professionelle frühkindliche Kinderbetreuung ist eine Investition, deren gesellschaftlicher Nutzen die Kosten bei weitem übertrifft.
- Integration: Die Integration ausländischer Kinder wird durch die Sozialisation und den frühen Kontakt mit der hiesigen Sprache in Kindertagesstätten gefördert.

Das heutige Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage ist auf die Vorzugsbehandlung des beschränkten Angebotes öffentlicher, subventionierter Kindertagesstätten (Kita) zurückzuführen. Private Anbieter werden im heutigen System entmutigt, neue Kitas aufzubauen oder bestehende Angebote auszuweiten. Durch geeignete Fördermassnahmen und verbesserte Rahmenbedingung soll das Angebot familienexterner Betreuung die bestehende und zukünftige Nachfrage decken können. Wir erwarten durch die Umsetzung unserer Forderung eine Steigerung der Effizienz der eingesetzten Mittel und somit auch eine Senkung der Kosten pro Kind.

Wir fordern folgende Massnahmen:

- Die familienexterne Kinderbetreuung in Kitas soll allen Kindern offen stehen und ermöglicht werden. Wir unterstützen jedoch in keiner Form einen individuellen Rechtsanspruch jedes Kindes auf einen Kita-Platz, sondern ziehen eine marktwirtschaftliche Lösung zur Angleichung von Angebot und Nachfrage vor.
- Alle Kitas sollen sich selbst finanzieren und erhalten keine direkten öffentliche Subventionen mehr (keine Objektfinanzierung). Stattdessen sollen Kinder einkommensschwacher Eltern von den Gemeinden finanzierte Vergünstigungen erhalten, egal ob die Kita in öffentlichem oder privatem Besitz ist (Subjektfinanzierung). Damit entsteht ein Anreiz für effizienteres Management der öffentlichen Kitas und es entfällt die heutige Diskriminierung privater Kitas. Die Gemeinden sollen zudem die Einführung von Vouchern für die Kinderbetreuung prüfen.
- Im Sinne einer aktiven Integrationspolitik sollen Mundart/Hochdeutsch resp. Französisch Umgangssprache in den Kitas sein.
- Die Gemeinden sollen die Anpassung des Kita-Angebotes auf die Nachfrage aktiv unterstützen (z. B. Standortförderung in den Quartieren oder Schulen).
- Anstelle von aufwändigen Genehmigungsverfahren sollen regelmässige Inspektionen die Umsetzung des Betriebskonzeptes gewährleisten.

- Die Ausbildung von Betreuungspersonal muss stärker auf praxisrelevante Fähigkeiten statt auf akademische Abschlüsse ausgerichtet werden.

## 2. Bildungspolitik

Der Grundsatz der Chancengleichheit ist durchzusetzen, unabhängig des sozialen Status und der Herkunft der Kinder. Voraussetzung dazu ist die Beherrschung einer lokalen Sprache. Kurse dazu sollen bereits in Vorkindergartenkursen für Kinder und deren Eltern angeboten werden.

Den Schulen wurde in letzter Zeit immer mehr Verantwortung übertragen ohne die entsprechenden Kapazitäten zu erhöhen. Um die so entstandenen Probleme zu beheben, hat man den „therapeutischen“ Umbau um die Schule massiv vergrössert. Diese Entwicklung wollen die Grünliberalen umdrehen. Es ist sinnvoller, das Geld direkt in die Schulen zu investieren, allerdings mit klar formulierten Leistungsaufträgen.

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass die Persönlichkeit und die interaktiven Qualitäten von Lehrpersonen entscheidende Komponenten für das Gelingen des Unterrichts sind. Dementsprechend unterstützen sie v.a. Reformen, die direkt auf die Qualität des Personals abzielen.

Die laufende Einführung des integrativen Schulsystems soll optimiert werden durch Weiterbildung des bestehenden Lehrpersonals (didaktisch-pädagogisch) und durch Anstellung von Speziallehrkräften (sozialpädagogisch), welche einander ergänzen. Es sollen nicht nur schwächere Kinder, die aus den Sonderklassen integriert werden, sondern auch überdurchschnittlich begabte Kinder aktiv gefördert werden.

Die Integration von fremdsprachigen Kindern soll unterstützt werden durch zusätzliches Angebot von Sportklassen. Diese fördern verschiedene wichtige Elemente der Integration, wie die Teambildung, die Sozialkompetenzen und der frühe Umgang mit Leistungsdruck.

Tagesschulen sind weiterhin auszubauen, da die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt. Das Raumangebot ist entsprechend zu erhöhen.

Die Grünliberalen unterstützen entschieden die Teilautonomie der Schulen. Sie sind für geleitete Schulen. Allerdings halten wir damit auch eine gewisse Wahlfreiheit seitens der Eltern für unvermeidlich. Neben einer weitgehenden Budgetautonomie der einzelnen Schulen setzen wir uns auch für mehr Entscheidungsfreiheiten der Schulen und einen Abbau der staatlichen Detailvorschriften ein.

Die Grünliberalen fordern einen „Bildungsvertrag“ zwischen den Schulen und den Eltern in denen klare Minimalforderungen an die Eltern sowie auch an die Schulen festgeschrieben werden. Bei wiederholten Zuwiderhandlungen können Sanktionen verhängt werden resp. Reklamation an Aufsichtsbehörden gerichtet werden.

Der Bilinguismus ist eine Stärke unserer Region, welche in den Schulen zu wenig berücksichtigt wird. Die Grünliberalen unterstützen Bestrebungen für ein zweisprachiges Schulangebot, allerdings dürfen die Unterrichtsqualität und die Integrationsmöglichkeiten an den Schulen darunter nicht leiden.

Daneben fordern wir folgende Massnahmen:

- Die Integration der Kleinklassschüler in die Realklassen (Integrationsartikel) soll vorsichtig und im Dialog mit den Betroffenen umgesetzt werden.
- Es soll ein Systemwechsel in der Oberstufe vom Modell 3a (Real- und Sekundarklassen) zum Modell 3b (Niveaunklassen je nach Fach) vollzogen werden.
- Die Wirksamkeit aller ausserschulischen Unterstützungsangebote ist regelmässig zu prüfen.
- Ein Weiterbildungsbudget für die Schulleitungen.
- Die Ausdehnung des Angebotes an gesamtstädtischen Sportanlässen für die Oberstufe.
- Jeder Schüler soll durch eine Stärkung von sprachenübergreifenden Projekten einen zweisprachigen Unterricht besuchen können.

### 3. Integrationspolitik

Die Grünliberalen stehen für eine offene und fortschrittliche Schweiz ein. Wir begrüssen die Migration in doppelter Hinsicht: Zum einen akzeptieren wir die wirtschaftliche Notwendigkeit ausländischer Arbeitskräfte, damit die Schweiz weiter wachsen kann, und zum anderen bekennen wir uns zur humanitären Tradition der Schweiz. Die Grünliberalen verstehen die Zuwanderung als eine kulturelle Bereicherung und als Herausforderung im Sinne einer tatsächlichen Integration. Wir verschliessen uns dabei nicht vor den Schwierigkeiten, die sich aus den verschiedenen kulturellen Hintergründen für unsere Gesellschaft ergeben.

Die Gemeinden sollen das Möglichste tun, damit Einwanderer auch im Privatleben Anschluss finden und sich integrieren können. Dabei sollen vor allem bereits integrierte Ausländer ihre Erfahrungen weitergeben können.

Die Grünliberale Partei stellt sich klar gegen eine Einbürgerung an der Urne. Einbürgerungsentscheide sollen von Personen getroffen werden, welche die entsprechenden Dossiers kennen und die Integrität der einzubürgernden Personen respektieren.

Daneben fordern wir konkrete Massnahmen in folgenden Bereichen:

- Vorschulische Sprachkurse für fremdsprachige Kinder und Angebote für deren Eltern sollen prioritär angegangen werden. Dies scheint insofern wichtig, als die Qualität der Bildung sowie die Marktchancen für Schulabgänger ernsthaft gefährdet sind. Ein finanzielles Anreizsystem ist aus liberaler Sicht einem selektiven Obligatorium vorzuziehen.
- Der Erfolg von Massnahmen bezüglich Integration soll messbar werden. Dazu sind klare Indikatoren zu definieren, Ziele zu setzen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Die Grünliberalen sind sich bewusst, dass die Messbarkeit integrationspolitischer Massnahmen schwierig ist; nichtsdestotrotz müssen Möglichkeiten zur Messung des Erfolgs angestrebt werden, um die Massnahmen zu legitimieren.
- Die Gemeinden setzen sich für einen konstruktiven Austausch mit anderen Städten und Gemeinden ein. Das Ziel dieses Dialogs muss die Erarbeitung von best practices in der Integrationspolitik sein.
- Stärkung der Netzwerke zwischen betroffenen Akteuren in der Migrationspolitik und insbesondere Einbezug der ausländischen Bevölkerung in die laufenden Arbeiten und die Entscheidungsprozesse.
- Der Einbezug der Privatwirtschaft in die Integrationspolitik sollte gestärkt werden. Wenn immer privat finanzierte Initiativen möglich sind, sollen diese genutzt werden.